

II-4249 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates
XIV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 2078/J

A n f r a g e

1978 -10- 05

der Abgeordneten Dr. WIESINGER, Dr. Ermacora
und Genossen
an den Bundesminister für soziale Verwaltung
betreffend Auswirkungen der Rezeptgebührenerhöhung

Bei der Behandlung des vom SPÖ-Abgeordneten Dr. Schranz
eingebrachten Antrages auf Erhöhung der Rezeptgebühr hat
die ÖVP auf die unsozialen Auswirkungen dieser Maßnahme
hingewiesen. Mit Vehemenz hat die ÖVP die dadurch begründete
Mehrbelastung vor allem der alten Menschen und der Familien
bekämpft und die Befreiung von Mehrkinderfamilien und chronisch
Kranken von der Rezeptgebühr beantragt. Dieser Antrag wurde
von der SPÖ-Mehrheit abgelehnt.

Im Zuge der SPÖ-Programmdiskussion hat dann der Präsident des
SP-Rentnerverbandes Uhlir heftige Attacken gegen die Rezept-
gebührenerhöhung gerichtet, doch der Erfolg blieb aus. Statt-
dessen folgte im Mai dieses Jahres eine massive Einschränkung
der Verschreibungsmöglichkeiten der niedergelassenen Ärzte
durch den Hauptverband der Sozialversicherungsträger. Dabei
wurden unter anderem für eine Reihe von Medikamenten Klein-
packungen vorgeschrieben. Was das in Zusammenhang mit der
erhöhten Rezeptgebühr für sozial Schwache bedeutet, liegt auf
der Hand. Daneben kam es durch eine unnötige Verstärkung der
Chefarztkontrolle zu einer weiteren Aufblähung der Gesundheits-
bürokratie.

- 2 -

Jedenfalls auf der Strecke geblieben sind Mehrkinderfamilien und chronisch Kranke, die zur physischen und psychischen Belastung auch noch kräftig zur Kasse gebeten werden.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für soziale Verwaltung folgende

A n f r a g e :

- 1) Welche Mehreinnahmen sind den Krankenversicherungsträgern aus der Erhöhung der Rezeptgebühr in den ersten drei Quartalen des Jahres 1978 zugekommen ?
- 2) Welchen Anstieg hat die Anzahl der Rezepte seit der Neuregelung mit 15. Mai 1978 im Vergleich zum Vorjahr erfahren ?
- 3) Wie hat sich die Zahl der chefärztlichen Bewilligungen seit dieser Neuregelung der Verschreibungsmöglichkeiten entwickelt ?
- 4) Halten Sie die gesetzliche Verankerung der Richtlinien-Kompetenz des Hauptverbandes für die Rezeptgebühr zur Lösung dieses Problems für ausreichend ?